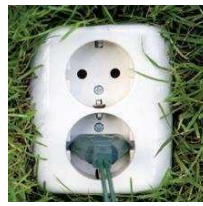




Juniorenfirmen S. 7

Bericht
und
Dokumentation



CO₂neutral Zertifizierung S. 3

Gold für CO₂-neutral
wirtschaftende
Unternehmen



Energiewende im „Ländle“ S. 5

Interview mit
Minister Franz
Untersteller



Im grünen Bereich

Die großen Energiekonzerne streichen tausende von Stellen und begründen dies unter anderem mit dem Ausstieg aus der Atomenergie. Doch das ändert nichts daran, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft mehr Stellen schaffen wird, als er kostet.



Stephan Kosch

Die Zahlen klingen dramatisch: Bis zu 17.000 Stellen könnten bei den beiden größten deutschen Energiekonzernen in den kommenden Jahren wegfallen. 11.000 Stellen sind es bei E.ON, davon sechstausend in Deutschland. Bei RWE liegen offiziell noch keine Zahlen auf dem Tisch. In der Presse war Anfang Dezember von 8.000 Stellen die Rede, davon bis zu 3.000 in Deutschland.

Und dann meldete sich kurz vor Weihnachten noch der französische Atomkonzern Areva und gab bekannt, dass er in Deutschland bis zu 1.500 seiner 5.800 Stellen streichen werde. Konzernchef Luc Oursel begründete dies explizit mit dem deutschen Ausstieg aus der Kernenergie. Bei RWE und E.ON wird dieser Zusammenhang nicht so direkt formuliert. Aber auch hier werden die wegbrechenden Milliardenentnahmen aus den Atomkraftwerken als ein Faktor genannt, der den Stellenabbau vorantreibt. Und in zahlreichen Kommentaren wurde das ewige Mantra der Öko-Skeptiker wiederholt: Der Umbau der Wirtschaft, hin zu mehr Umwelt und Klimaschutz, vernichtet Arbeitsplätze und bedroht unseren Wohlstand.

Dass es aber auch zu einem großen Teil hausgemachte Probleme sind, die zu den angekündigten Umstrukturierungen führen, wird dabei gerne übersehen. E.ON hat noch mit den Doppelstrukturen aus der Zeit vor der Fusion von VEBA und VIAG zu kämpfen, weshalb vor allem Stellen in der Ver-

waltung abgebaut werden sollen. RWE wollte sich sowieso von unterschiedlichen Konzerntöchtern trennen, was allein 4.000 Arbeitsplätze betrifft. Und Areva hat in Deutschland expandiert, als der Atomausstieg schon lange im Konsens mit der Wirtschaft von Rot-Grün beschlossen war. Dass den Atomkraftwerken dann – zumindest kurzfristig – längere Laufzeiten eingeräumt wurden, die dann vor dem Hintergrund der Katastrophe in Fukushima und der Landtagswahl in Baden-Württemberg wieder zurückgenommen wurden, sollte bei einer langfristigen Unternehmensplanung eigentlich keine so entscheidende Rolle spielen, wie jetzt von Areva dargestellt.

Doch das Muster ist ja nicht neu: Immer dann, wenn die Politik durch einen engeren gesetzlichen Rahmen zu mehr Umwelt- und Klimaschutz zwingen will, wird mit Standortverlagerungen und dem Verlust von Arbeitsplätzen gedroht. In der Automobilindustrie war das zum Beispiel bei der Debatte um die CO₂-Grenzwerte so, die künftig in Europa gelten sollten. Aber auch die Zementindustrie verschaffte sich mit dem Hinweis auf höhere Produktionskosten und sinkender Attraktivität des Standortes Deutschland Ausnahmeregelungen im Emissionshandel. Ebenso die Kupfer- und Aluminiumhütten. Dabei zählen alle drei Branchen zu den Sektoren mit besonders hohen Emissionen. Doch in all den Debatten war der drohende Verlust von Arbeitsplätzen in Industrie und produzierendem Gewerbe das entscheidende Argument.

In der Tat ist dabei eines nicht von der Hand zu weisen: Unmittelbar verteuern Umwelt- und Klimaschutz die Produk-

IN DIESER AUSGABE

Im grünen Bereich Stephan Kosch	Seite 1
Erstes Gold für CO₂-neutral wirtschaftende Unternehmen Bericht	Seite 3
Das Altbausanierungsgesetz: ein wichtiger Beitrag zur Energiewende Gottfried Härle	Seite 4
Die Energiewende in Baden-Württemberg Interview mit Franz Untersteller	Seite 5
Im Schatten des Atomausstiegs Nina Scheer	Seite 6
Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften Bericht und Dokumentation	Seite 7
Forderungskatalog zu Basel III Eugen Schlachter	Seite 9
Hinweise und Termine	Seite 10
Green Economy in Zeiten knapper Kassen Tagungsbericht	Seite 11
Bestellformular / Mitgliedsantrag	Seite 12

tion und damit auch die Produkte. Das ist gerechtfertigt, weil so die Hersteller zumindest einen Teil der sogenannten externen Kosten, die die Schädigung von Umwelt und Natur mit sich bringen, wieder in ihre Bilanz aufnehmen müssen. Ein Liter Spirit würde durch die Einbeziehung der externen Kosten nach Expertenschätzungen um 37 Cent teurer, Strom aus Kohlekraftwerken kostete bis zu 40 Prozent mehr. Soweit ist es noch nicht, allerdings könnten kurzfristig steigende Strompreise und die Kosten für steigende Stromimporte das Wirtschaftswachstum bremsen. Das haben zumindest die Forschungsinstitute Prognos, EWI und GWS für das Bundeswirtschaftsministerium berechnet. Sie gehen davon aus, dass durch den beschleunigten Atomausstieg Ende des kommenden Jahrzehnts bis zu 40.000 Stellen weniger zur Verfügung stehen als bei längeren Laufzeiten.

Die Autoren der GWS-Studie weisen allerdings selbst darauf hin, dass die dargestellten Ergebnisse isoliert die Effekte eines beschleunigten Ausstiegs darstellen. „Sie sind nicht mit den Wirkungen einer umfassenden Energiewende in Deutschland gleichzusetzen.“ So werden zum Beispiel Arbeitsplätze, die durch die Gebäudesanierung entstehen, nicht berücksichtigt.

Hinzu kommt: Die Erneuerbaren Energien selbst schaffen hunderttausende Arbeitsplätze, 367.000 Menschen arbeiten mittlerweile in der Branche – mehr als eine Verfünfachung innerhalb eines Jahrzehnts. Muss sich ein E.ON, AREVA oder RWE-Mitarbeiter, der bald ein Abfindungsangebot oder gar